

Hamburger und die reichsdeutsche Wirtschaft von der Inflation profitieren konnten. Das sechste und siebte Kapitel behandeln die Phasen der sogenannten »galoppierenden« bzw. der »Hyperinflation« bis zum endgültigen Kollaps der Mark. In diesen Abschnitten wird thematisiert, welche Handlungsoptionen die deutsche Politik tatsächlich besaß, um den Währungsverfall zu stoppen bzw. welche Maßnahmen sowohl in Hamburg als auch in Berlin diskutiert und ergriffen wurden, um die Mark zu stabilisieren. Hier wird deutlich, daß zahlreiche Hamburger Wirtschaftsbürger intensiv an Diskussionen sowohl in ihrer Stadt als auch in den Ministerien in Berlin beteiligt waren, in denen sich die Schritte zur Währungsstabilisierung herauskristallisierten. Im achten Kapitel und im Epilog wird schließlich nach den Auswirkungen der Inflation und den Erfahrungen mit dem Währungsverfall gefragt. Zwar läßt sich nach Meinung Fergusons kein direkter ursächlicher Zusammenhang zwischen der Inflation und dem Aufstieg Hitlers nachweisen, aber er bestreitet nicht, daß die ökonomischen Auswirkungen der Inflation wie Kapitalfehlallokationen oder Vernichtung von Sparguthaben ebenso wie das psychologische Trauma des Währungsverfalls eine immense Belastung für die wirtschaftliche und politische Stabilität der Weimarer Republik darstellten. Diese Einschätzung Fergusons ist nicht neu und liegt eher im »mainstream«-Trend der augenblicklichen Diskussion in der Historiographie.

Wenn man Kritik an der sonst gelungenen Arbeit von Ferguson üben will, dann im Hinblick auf seine eigentliche Analyse der Inflationsursachen und -auswirkungen auf Reichsebene sowie hinsichtlich des zeitlichen Rahmens. Wenn Ursachen und Verlauf des Währungsverfalls aus der Perspektive des gesamten Reiches beleuchtet werden, werden einige Aspekte nur kurz angedeutet bzw. cursorisch abgehandelt. Angesichts der Schwerpunktsetzung der Arbeit ist dieses nachzusehen. Ähnlich verhält es sich mit dem zeitlichen Rahmen. Für die Darstellung von Kontinuitätslinien in der Entwicklung des Hamburger Wirtschaftsbürgertums ist ein detailliertes Kapitel über die »goldenen Jahre« im Kaiserreich erforderlich, für die Analyse der Inflationsursachen nicht unbedingt. Der positive Gesamteindruck von Fergusons Studie wird dadurch aber nur marginal geschmälert.

*Harald Wixforth, Bielefeld*

Christian F. Trippe, *Konservative Verfassungspolitik 1918–1923. Die DNVP als Opposition in Reich und Ländern*, Droste Verlag, Düsseldorf 1995, 237 S., geb., 58 DM.

Konfrontiert mit dem Umsturz vom November 1918 trat die junge Deutschnationale Volkspartei zunächst mit einem überraschend gemäßigten Programm an die Öffentlichkeit, um sich aber schon bald dem bekannten systemsprengenden Oppositionskurs gegen die Weimarer Republik zuzuwenden. Die Wurzeln dieses Wandels sucht der Verfasser des vorliegenden Buches, das auf einer Kölner Dissertation beruht, zu Recht in den Verhandlungen der Konstituanten des Reiches und der Länder. Schon der Ansatz, die konservative Verfassungspolitik nicht allein in der Weimarer Nationalversammlung, sondern auch in den analogen Organen der Länder zu untersuchen, erweist sich als überaus gelungener Versuch, das ganze Spektrum deutschnationaler Standpunkte zu erfassen. In neun von 18 Verfassungsgebenden Versammlungen der Republik stimmten die Deutschnationalen für die vorgelegten Konstitutionen. Eine durchgängige Blockade, so das überraschende Resümee des Verfassers, übten sie weder im Reich noch in den Ländern aus. Im Gegenteil: kooperatives und kompetitives Verhalten war die Regel, konfrontative Opposition eher die Ausnahme. Paradigmatisch erscheint die Politik der

deutschnationalen Fraktion in der Nationalversammlung. Anfänglich schwankte die DNVP zwischen konstruktiver Mitarbeit in Einzelfragen und Opposition gegen bestimmte Verfassungsartikel; in der abschließenden Lesung vom 30. 7. 1919 lehnte sie aber die Reichsverfassung als ganze ab. Der gleiche Vorgang wiederholte sich in der Konstituante des Landes Anhalt. In beiden Fällen wurden die Abgeordneten von der Parteibasis, die sich auf dem gerade beendeten Parteitag durchgesetzt hatte, zu diesem Abstimmungsverhalten gezwungen. Das Motiv war die maßlose Enttäuschung über die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages. In anderen Ländern, zumal in Süddeutschland, rangen sich die Deutschnationalen jedoch dazu durch, den Landesverfassungen zuzustimmen. Meistens veranlaßten sie Koalitionen oder Fraktionsgemeinschaften mit anderen bürgerlichen Parteien zu dieser Akzeptanz.

Wie sich schon im Verfassungsausschuß der Nationalversammlung zeigte, fühlten sich die Deutschnationalen immer dann zur Mitarbeit an den Verfassungsentwürfen besonders herausgefordert, wenn es um die Bestimmungen über die Exekutive ging. Das gleiche gilt für die Fragen einer berufsständischen Vertretung und der Stellung Preußens im Reich. Außerdem engagierten sie sich für das Ziel, das Verhältnis von Kirche und Staat mitsamt den schulpolitischen Implikationen im überkommenen Sinne zu regeln. In der Frage Föderalismus versus Unitarismus, selbst über die Priorität der monarchischen Staatsform, war indes weniger Konsens vorhanden, als man erwarten konnte. Zu Recht führt Trippe diese Differenzen, die sich vor allem beim unterschiedlichen Abstimmungsverhalten in den Verfassunggebenden Versammlungen der Länder bemerkbar machten, auf die Existenz der verschiedenen Flügel der Partei zurück. Preußisch-monarchistische Altkonservative, die schwächste dieser Gruppen, standen völkisch-antisemitischen Radikalen gegenüber, die fundamental-oppositionell eingestellt waren. Als pragmatisch erwiesen sich hingegen die Gouvernementalen, die den Staat als Abstraktum über die konkrete Staatsform stellten, sowie die noch stärker zur Mitarbeit an der Republik bereiten Jungkonservativen. Mit seiner fundierten Studie gelingt es dem Verfasser, die Thesen der neueren DNVP-Forschung über die Heterogenität der Partei in deren Früh- und Mittelphase überzeugend abzusichern.

*Wolfgang R. Krabbe, Münster*

Mark Spoerer, Von Scheingewinnen zum Rüstungsboom. Die Eigenkapitalrentabilität der deutschen Industrieaktiengesellschaften 1925–1941, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1996, 236 S., kart., 78 DM.

Die hier zu besprechende Studie ist 1995 von der Philosophischen Fakultät der Universität Bonn als Dissertation angenommen worden. Betreut wurde der Autor von Hans Pohl. Das Buch enthält ein Stichwortverzeichnis (faktisch vor allem ein Unternehmensregister), ein sehr umfangreiches Verzeichnis der einschlägigen Literatur und, als Besonderheit, einen »Quick Reference Guide« für den eiligen Leser. Das erkenntnisleitende Interesse von Spoerer ist die Frage nach der Höhe der Gewinne in der deutschen Industrie im »Dritten Reich« im Vergleich zu anderen Perioden, insbesondere derjenigen der sogenannten »Goldenen Jahre« der Weimarer Republik (1925–1929). Er wählt als Indikator für die Gewinnsituation die Eigenkapitalrendite, was sehr sinnvoll ist. Damit rückt die Bilanzanalyse in den Vordergrund der Betrachtung. Dabei ist es naheliegend, zunächst veröffentlichte Handelsbilanzen, d. h. solche von Aktiengesellschaften, die der Publizitätspflicht unterlagen, zu untersuchen, zumal diese seit 1907 vom Kaiserlichen Statistischen Amt bzw. vom Statistischen Reichsamt zentral ausgewertet wurden und es die Möglichkeit gibt, aufgrund anderer Analysen bis 1886 zurückzugehen. Da die bisher vor-